

Bundesregierung kann deutschen Firmen im Iran-Handel nicht helfen

Berlin, 04.11.2018, 16:07 Uhr

GDN - Die Bundesregierung kann den deutschen Firmen angesichts der an diesem Montag in Kraft tretenden US-Sanktionen gegen den Iran kurzfristig keine Unterstützung anbieten. Das berichtet das "Handelsblatt" (Montagsausgabe) unter Berufung auf die Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion.

Weder das von der Europäischen Union in Kraft gesetzte Blocking Statute, welches europäische Firmen vor US-Sanktionen schützen soll, noch die Zweckgesellschaft, mit dem Europa Zahlungsverkehr mit Iran unter Umgehung aller US-Einflussmöglichkeiten abwickeln will, werden interessierten Unternehmen demnach zügig helfen. Zuletzt hatte Außenminister Heiko Maas (SPD) in einem Telefonat mit seinem iranischen Amtskollegen Mohammed Javad Zarif am Freitag "intensive Anstrengungen" und "laufende Bemühungen" zugesagt, "damit Unternehmen, die EU-Recht einhalten, weiter legitimerweise Handel mit Iran betreiben können". Nun muss die Regierung einräumen, dass völlig unklar sei, "welche konkreten Dienstleistungen in welchem regionalen Rahmen und Umfang ein etwaiges Vehikel anbieten könnte". Auch die Frage "nach der Marktakzeptanz" des geplanten sogenannten Special Purpose Vehicles lasse "sich zum derzeitigen Zeitpunkt nicht belastbar beantworten". Auch bei der Nicht-Annahme von Überweisungen von mit deutscher Banklizenz ausgestatteter iranischer Banken durch deutsche Banken konnte die Bundesregierung keine konkrete Unterstützung für durch die US-Sanktionen bedrohte deutsche Firmen mit Iran-Geschäft nachweisen. "Beim Thema Iran-Sanktionen stellt sich die Bundesregierung taub", kritisierte FDP-Fraktionsvize Christian Dürr. Finanzielle Schwierigkeiten deutscher Unternehmen, die ins Kreuzfeuer des amerikanisch-iranischen Kräftegemens geraten seien, kümmerten die Bundesregierung offenbar nicht. Es sei, so Dürr, "ein Skandal, dass die Sanktionen heute sogar verschärft werden, und die Regierung weiter untätig zuschaut".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-114666/bundesregierung-kann-deutschen-firmen-im-iran-handel-nicht-helfen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619